

# Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

## Amliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreisgerichtsrath v. Parisch zu Neisse den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Gemeindeförster Borosini v. Hohenstein zu Langenlonsheim das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Marine-Schiffbau-Ingenieur Koch den Character als Admirallitäts-Rath mit dem Range eines Rathes vierter Klasse; und dem Wert-Magazin-Wenbanten Pierzig bei der West zu Kiel den Character als Rechnungsrath zu verleihen.

[Lotterie.] Bei der am 8. Febr. angefangenen Ziehung der 2. Klasse 141ster K. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 200  $\mathcal{R}$ . auf Nr. 35.537. 4 Gewinne zu 100  $\mathcal{R}$ . fielen auf Nr. 25,016 42,791 52,393 und 80,829. 10 Gewinne zu 50  $\mathcal{R}$ . auf No. 2385 18,356 26,681 40,182 51,112 62,113 64,603 69,834 83,673 94,247.  
25 Gewinne zu 60  $\mathcal{Z}$ . auf No. 8479 9404 12,852 16,775 18,351 20,048 23,520 26,331 32,972 38,563 48,075 55,713 56,275 57,271 57,584 62,178 62,299 63,644 64,487 85,675 87,350 89,664 90,153 90,869 93,939.  
31 Gewinne zu 50  $\mathcal{Z}$ . auf No. 10,002 12,880 21,399 21,810 22,535 25,618 31,048 31,305 37,060 40,190 41,117 42,124 48,232 51,755 56,261 57,215 58,904 63,178 66,028 67,685 70,384 72,165 75,684 79,704 80,619 81,210 81,938 83,167 88,580 91,218 und 94,536.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen den 9. Februar, 7 Uhr Abends.  
Berlin, 9. Febr. Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses beschloß, die Mehrausgabe von 720,000  $\mathcal{R}$ , die aus der über den Statsantrag verklärten Realisation der Eisenbahnleihe von 1867 herrührt, für nicht gerechtfertigt zu erklären und demgemäß diese Post nicht zu genehmigen. Die Staatsschulden-Commission wird beauftragt, aus den Acten der Staatsschulden-Verwaltung genau festzustellen, wodurch diese sich für befugt erachtete, den ganzen Betrag der 24-Millionen-Anleihe dem Finanzminister auszuhandeln.  
Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Die Eröffnung des Reichstags findet voraussichtlich durch den König in Person statt. Der Schluß des Landtags wird spätestens Anfangs nächster Woche durch den Grafen Bismarck stattfinden.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 8. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Novelle zum Volksschulgesetz nach zweitägiger Debatte mit großer Majorität abgelehnt.  
London, 8. Febr. Das Parlament ist soeben durch eine Thronrede eröffnet worden, welche im Auftrage der Königin durch den dazu ernannten Commissar verlesen wurde. In der Thronrede heißt es: Auf Befehl der Königin fordern wir Sie zur Wiederaufnahme Ihrer beschwerlichen Arbeiten auf und drücken Ihnen das Bedauern der Königin aus, daß ihr neuliches Unwohlsein ihr beabsichtigtes Erscheinen vor dem Parlamente in diesem bemerkenswerthen Momente verhindert habe. Die gegen England von allen Staaten gehegten und von der Königin herzlich erwiderten Gefühle, die wachsende Neigung, bei internationalen Streitfragen die guten Dienste der Verbündeten anzurufen, der versöhnliche Geist, in welchem kürzlich mehrere solcher Fälle behandelt und erledigt wurden, alle diese Momente zusammengenommen erledihten die Königin zu der zuversichtlichen Annahme auf sorgfältige Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe. Ferner wird in der Thronrede bemerkt, daß die Voranschläge für den Staatshaushalt eine Verminderung der Steuern enthalten werden. Die Staatseinnahmen haben den Erwartungen entsprochen. Die Königin erwartet die Beendigung der Untersuchung über Verbesserung der Systeme für die Wahlen zum Parlamente und für die Gemeinde-Verordnungen. Demnächst ländigt die K. Rede an: Die Einbringung einer Landbill für Irland, welche dort Vertrauen und Gesetzmäßigkeit herstellen soll, sowie eine umfassende Volksschul-Bill, die Modifizierung der Gesetze über die Naturalisation, des Gerichts zweiter Instanz, der Communalsteuern, der Gesetze über Wirths-Concessionen, über den Verkauf von Landeigentum, über Vererbung von Grundstücken, über die Gewerkevereine und die Verhältnisse der See- und Flachs-Schiffahrt. Am Schluß der Rede spricht die Königin ihr lebhaftes Bedauern aus über die neuerlich in Irland vorgekommenen agrarischen Verbrechen und drückt die Hoffnung aus, daß dieselben in Zukunft beseitigt werden würden durch eine weise Reform der Gesetze. Nöthigenfalls werde die Königin jedoch ohne Zögern die Anwendung von Repressivmaßnahmen empfehlen.

Paris, 8. Febr. Im Departement Aube wurde bei der Neuwahl zum gesetzgebenden Körper Guiscard mit 10,208 Stimmen gegen Breire gewählt, der 8741 Stimmen erhielt. Im Departement Isere wurde Marion wieder gewählt, während in St. Malo die Wahl ohne Entscheidung blieb. Es muß also dort Ballotage erfolgen.

Madrid, 8. Febr. In den Cortes wurde Seitens der Regierung ein Telegramm aus Havana vom 6. d. verlesen, welches meldet, daß die Insurgenten in zwei Gefechten geschlagen sind.

Washington, 8. Febr. Der höchste Gerichtshof hat entschieden, daß alle aus vor 1862 abgeschlossenen Kaufverträgen herrührenden Verbindlichkeiten in haarer Münze zahlbar sind.

## 64. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 8. Febr.

Folgender Antrag der Abgg. v. Dieß und Lent: „an die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, schleunigst und wo möglich noch in der im Monat Mai bevorstehenden Wiedereröffnung der Session dafür Sorge zu tragen, daß dem Grundsatze: die Forderungen der Gläubiger, welche vor dem verlaufenden Gläubiger eingetragen sind, werden durch die Substantiation nicht fällig. — durch eine die materiellen und formellen Schwierigkeiten in den entsprechenden Gesetzen beseitigende Novellen-Gesetzgebung Ausdruck gegeben werde, — soll durch Schlussberathung erledigt werden. — Die Schlussberathung über den Antrag der Regierung wegen Vertagung des Landtages wird mit Rücksicht auf den ablehnenden Beschluß des Herrenhauses „vorläufig“ von der L.-D. abgelehnt. Abg. Schubarth berichtet Johann Ramens der Commission für Handel und Finanzen über einen von der Staatsregierung beantragten Zusatz zu dem Eisenbahn-

Anleihegesetz vom 17. Februar 1868, durch welches 40 Mill. Thlr. für elf verschiedene, mit Voranschlägen begleitete Bauwerke flüssig gemacht waren. Nachträglich mußte der Voranschlag für die Vebra-Hanauer Bahn um ca. 500,000 Thlr. überschritten werden. Um dies Plus zu decken, verlangt die Regierung die Ermächtigung, Mehrausgaben bei der einen Bahn aus Ersparnissen bei den anderen zu bestreiten. Diese allgemein gefasste Besuanik zu Revidirents wollen ihr die Commissionen ertheilen, Abg. Hammacher dagegen will sie durch den folgenden Antrag auf den speziellen Fall (Vebra-Hanau) beschränken: „Die Staatsregierung wird ermächtigt, die sich bei der Ausführung der Eisenbahn-Bauten in Gemäßheit d. Ges. v. 17. Febr. 1868 ergebenden Ersparnisse zur Deckung des Mehrbedarfs bei dem Bau der Vebra-Hanauer Eisenbahn zu verwenden und aus der Anleihe von 40 Mill. zu entnehmen“. Abg. Hammacher fügt aus, daß mit einer allgemein gefassten Ermächtigung zu Revidirents die Landesvertretung die Möglichkeit zu einer Controle der Ausgaben bei den einzelnen Staats-Bahnen aus der Hand geben würde, zumal die Regierung ihr Bedürfnis, Uebertragungen vorzunehmen, nur an der Vebra-Hanauer Bahn nachgewiesen. Es dürfe ohne Noth von dem wichtigen Princip, daß die Regierung nur innerhalb bestimmter Positionen das Ausgaberecht besitze, nicht abgewichen werden. — Abg. Glaser erklärt sich gegen den Antrag. Das Mehr für Vebra-Hanau werde hauptsächlich durch Ersparnisse an den Bauten in Altpreußen gedeckt werden. — Abg. v. Hoyerbeck: Der Vorredner hat gegen seinen Willen für den Antrag gesprochen, der bis dahin, daß noch bei einer zweiten Bahn eine Ueberschreitung des Voranschlags sich als nothwendig herausstellte, vollständig ausreicht. — Abg. v. Hennig: Der Hoffnung des Abg. Glaser, in Altpreußen für Vebra-Hanau zu sparen, steht die Lage gegenüber, daß der Bau der Eisenbahnen in dieser Provinz nur langsam fortschreitet, vielleicht nur deshalb, weil man nicht die genügenden Mittel dafür verwendet. Man baut dort außerordentlich sparsam; bei den meisten Uebergängen wählt man die Nieveauübergänge, Ueberbrückungen werden fast gar nicht ausgeführt. Der Bau der Weichselbrücke ist erst in diesem Jahre in Angriff genommen und wird noch mehrere Jahre dauern. Der wahrscheinliche Grund dieser Verzögerung sei der, daß man die Mittel für die anderen Bahnen gewinnen wolle. — Der Finanzminister: Auch der Hammacher'sche Antrag entspricht der Absicht der Regierung, der der Commission ist jedoch practischer, da die Regierung nicht dann nöthig habe, bei der Uebertragung einzelner Ersparnisse von einer Eisenbahn auf die andere jedesmal die Einwilligung des Hauses nachzusuchen. — Der Handelsminister schließt sich dieser Ausführung an. — Abg. Birchow: Ich möchte diese Sache etwas milder beurtheilen, als meine Freunde, weil ich durch langjährige Beschäftigung mit dem Rechnungswesen die Ueberzeugung gewonnen habe, daß innerhalb der Art der Verwendung die Landesvertretung der Regierung keine engen Schrauben anzusetzen vermag. Die Regierung ist noch nicht in der Lage, genaue Rechnungen vorzulegen. Wenn wir trotzdem die Vorlage genehmigen, so sehe ich darin keine so große Gefahr, wie meine Freunde. Der Vortrag der Vorlage ist sogar ein durchaus billiger. Lehnen wir ihn ab, so müssen wir vielleicht durch eine neue Anleihe unsere consolidirten Schulden vermehren. Bevor ich aber mein Votum abgebe, wünsche ich eine positive Erklärung darüber, daß es nicht Absicht der Regierung ist, der Ersparnis halber den Bau einzelner Bahnen, vielleicht gerade in den Bahnen, wo die Bahn für die Entwicklung der provinziellen Cultur besonders wichtig ist, zu Gunsten anderer Bahnen zu verzögern. — Der Handelsminister: Die Regierung hat durchaus nicht die Absicht, auf Grund des Revidirentsrechts den Bau einer Bahn aufzuhalten. Die Bahnen werden weiter gebaut werden, wie das Gesetz vorschreibt, durch das sie genehmigt sind. Daß eine Verzögerung nicht in meiner Absicht liegt, ergibt sich daraus, daß ich schon in dem nächsten Jahre die Strecken: Preußisch Stargard-Dirschau, Flatow-Schneidemühl, Insterburg-Gerdauen, die, ohne Kosten zu verursachen, sich rentiren werden, eröffnen zu können hoffe. Von der Weichselbrücke aber kann ich nicht wissen, ob sie nicht 1000  $\mathcal{R}$ . mehr kosten wird, als veranschlagt ist. — Bei der Spezialdiscussio bemerkt v. Hennig, daß die Weichselbrücke in diesem Jahre angefangen und frühestens in 3 Jahren fertig sein werde. Bis dahin würden sämtliche Bahnen vollendet sein. In dieser Zeit habe der Minister Zeit genug, von dem Landtage die 1000 Thlr. zu fordern. — Abg. Hoyerbeck wundert sich, daß Birchow, der sonst in Finanzsachen das Princip und die Consequenzen des Hammacher'schen Antrages stets anerkannt hat, diesmal eine Beurtheilung „gütig, wie er nie gepflegt“, eintreten lassen will. Der Finanzminister habe selbst anerkannt, daß der Hammacher'sche Antrag der correctere sei und er sei es in der That, da man im nächsten Jahre, sobald für eine andere Bahn das Bedürfnis nachgewiesen werde, leicht auch für diese die Ermächtigung ertheilen könne. — Abg. v. Bonin (Genthin) erklärt sich für die Vorlage. — Abg. Hammacher: Von den Bahnen seien einige schon fertig, gewiß lägen der Regierung von denselben die Rechnungen schon vor und schloßen mit Ersparnissen ab. Man dürfe dieselben der Regierung nicht in der Weise zur Verfügung stellen, daß sie sie für alle in dem Ges. v. 1868 aufgeführten Eisenbahnen verwenden könne. Das würde dahin führen, daß in Zukunft die Voranschläge weniger genau gemacht würden. — Abg. Birchow: Wenn die Regierung das Vertrauen der Landesvertretung nicht habe, daß sie die Verwendung gesetzlich ausführen werde, so sei nur durch einen Ministerwechsel zu helfen, nicht durch besondere Gesetze. Die 40 Mill. seien im Grunde nur als eine Pauschsumme bewilligt, die Voranschläge seien nicht detaillirt gewesen und die Rechnungen würden es auch nicht sein. Deshalb habe er so viel constitutionelle Rücksicht, daß er der Regierung zugestehen, in den Einzelheiten Veränderungen vorzunehmen. — Abg. Miquel: Bei solchen Bewilligungen, wie die 40 Mill.-Anleihe, müsse die Landesvertretung zur Regierung allerdings Vertrauen haben, das schließe nicht aus, daß Abgeordnetenhaus und der Finanzminister, die vorzugsweise auf Ersparnissen hinarbeiten hätten, die Regierung zu sorgfältigen und speziellen Voranschlägen treiben. Dazu würde der Hammacher'sche Antrag beitragen. — Der Handelsminister: Er habe nicht gesagt, daß bei der Weichselbrücke ein Mehrbedarf eintreten werde, sondern nur eine derartige Möglichkeit hingestellt. Die Rechnungen von den fertigen Bahnen seien noch nicht abgeschlossen und er könne nicht angeben, wo sich Ersparnisse ergeben würden. — Der Antrag Hammacher wird abgelehnt (dagegen stimmen u. A. Birchow u. Johann Jacoby) u. die Vorlage angenommen.

Es folgt die Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Deckung der i. J. 1870 erforderlichen Ausgaben zur weiteren Vervollständigung und besserer Ausrüstung von Staatseisenbahnen. In dem Entwurfe verlangt die Regierung, daß ihr zu dem bezeichneten Zwecke, für welchen im Etat für 1870 nur die Summe von 892,481 Thlr., einschließlich des Dispositionsfonds von 150,000 Thlr., ausgeschrieben ist, ein weiterer Betrag von 1,187,708 Thlr. bewilligt werde. Diese Summe soll beschafft werden durch den Restbestand des durch das Ges. v. 25. März 1869 aufgestellten Garantiefonds für Breslau-Posen-Glogau und Posen-Thorn-Bromberg, durch die Ersparnisse aus den durch das Ges. v. 26. Mai 1865 für gewisse Eisenbahnbauten zur Verfügung gestellten Fonds und durch zwei von der Friedrich Wilhelm Nordbahn und von den Preussischen Staatstragsmäßig zu erwartende Zahlungen. Die Commission empfiehlt Annahme des Gesetzentwurfs mit der Modifikation, daß als diejenigen Staatseisenbahnen, für welche die geforderten Beträge zu verwenden sind, in dem § 1 speziell die Weichselbrücke, Saarbücker und Hannoverische Staatseisenbahnen genannt werden sollen. Abg. v. Benda beantragt dagegen die für eine jede dieser Bahnen erforderliche Summe specialisirt in dem Gesetze auszuführen, und zwar will er für die weichselbrücke Bahn 369,598 Thaler, für die Saarbücker 228,950 Thlr. und für die hannoversche Eisenbahn 589,160 Thlr. unter genauer Bezeichnung des einzelnen Verwendungszweckes aufgenommen haben. — Abg. v. Benda: Es habe sich in der letzten Zeit die Usance eingeschlichen, daß außer den in den Etat für Eisenbahnverwendungen aufgenommene Summen alljährlich noch gleiche Anforderungen für die gleichen Zwecke in besonderen Gesetzen an das Haus gestellt würden. Der Sache nach seien diese Gesetze nichts anderes als Nachtragsgesetze, die gewiß nicht ohne Bedenken seien. Aber wolle man sich auch über diese Bedenken hinwegsetzen und die geforderten Summen bewilligen, so könne dies doch nur geschehen in derselben Form und mit derselben Specialisirung, mit welcher in dem Etat die betreffenden Extraordinarien für Eisenbahnen bewilligt würden. Sein Antrag sei kein Mißtrauensvotum, um persönliches Vertrauen handle es sich überhaupt hier nicht, sondern um richtige oder unrichtige Grundsätze der Verwaltung. Jedenfalls sei aber sein Amendement nur ein Nothbehelf, das allen Richtige sei, solche Bewilligungen nicht durch Spezialgesetze, auch nicht durch specificirte Nachtragsgesetze zu fordern, sondern die erforderlichen Beträge alljährlich im Staatshaushaltsetat aufzunehmen. Herr v. Benda beantragt schließlich folgende Resolution: „Die Staatsregierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß künftig die extraordinären Bedürfnisse für die Staatseisenbahnen in Einnahme und Ausgabe vollständig in den Staatshaushaltsetat des betreffenden Jahres aufgenommen und Nachtragsforderungen dieser Art möglichst vermieden werden“. — Abg. Hammacher: Solche Specialgesetze sind jetzt häufiger als früher, weil die Staatsregierung nicht die genügenden Mittel aus den Ueberschüssen des Betriebes zur Erneuerung des Betriebmaterials auswirft. Eine Reform im Sinne der Benda'schen Resolution verlangt, bereits bei Aufstellung des Etats müsse die Regierung ihre finanziellen Maßnahmen so treffen haben, daß ihr genügende Mittel zur Verfügung ständen, um alle Bedürfnisse des Verkehrs zu befriedigen. Das gegenwärtige Gesetz sei materiell ein gutes. — Abg. Miquel schließt sich den Vorrednern an. Es liege ein Uebelstand darin, daß man sämtliche Einnahmen der Staatseisenbahnen verzeihre, ohne bestimmte Procente derselben von vorn herein für die nothwendige Erneuerung, Vervollständigung und Instandhaltung des Betriebmaterials zu bestimmen. — Schließlich wird das Amendement v. Benda und das Gesetz mit diesem Amendement angenommen, desgleichen die Resolution.

Zu dem Antrage des Justizministers, wegen Ertheilung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Reichstagsabgeordneten Grafen Baudissin in Schleswig, wegen mündlicher Beleidigung des Abgeordnetenhauses beantragt Ref. Wächler Namens der Justiz-Commission, diese Ermächtigung nicht zu ertheilen. Es handele sich um eine Rede, die der Graf Baudissin in einer Volksversammlung in Kiel am 2. September 1869 gehalten und in welcher er die Art und Weise, in welcher der Reichstag wie das Abgeordnetenhaus Petitionen zu behandeln pflege, als „schändlich und unverantwortlich“ bezeichnet habe. Von dem Berichte über eine Anzahl schleswig-holsteinischer Petitionen erklärte er insbesondere, derselbe enthalte „eine Dummheit und eine Unwahrheit“ (Auf: Sehr wahr!) Referent bittet, da in diesen Worten eine Beleidigung des Hauses nicht gefunden werden könne, dem Antrage der Commission beizutreten. Das Haus nimmt den Antrag einstimmig an.

In Schlussberathung wird das Gesetz, betreffend die Ausführung der revidirten Rheinschiffahrtsacte v. 17. Octbr. 1868 nach der Fassung des Herrenhauses angenommen. — Ueber den Gesetzentwurf, betr. die Rheinschiffahrtsgerichte, deren Annahme in der Fassung des Herrenhauses vom Referenten gleichfalls empfohlen wird, erhebt sich eine längere Debatte zwischen den rheinländischen Juristen; es werden 18 Amendements gestellt und die Verhandlung plötzlich durch einen angenommenen Vertagungsantrag unterbrochen.

Nächste Sitzung Mittwoch. Petitionen. Der Präsident schlägt u. A. auch die Klosterpetition vor. Gr. Bethusy-Huc beantragt Absetzung derselben von der Tagesordnung mit Rücksicht auf das Reorganisationswerk, das sich jetzt in beiden Kirchen vollzieht, auf die Parität, auf das politische Parteinutzen, das durch Heranziehung religiöser Motive nicht verschärft werden soll. Reichensperger will diese Rücksichten nicht gelten lassen und meint, wer in dieses Haus trete, müsse gute Nerven mitbringen, um auch einmal eine aufregende Debatte zu ertragen. Uebrigens sei es gar



nicht nöthig von dieser Debatte voraussetzen, daß sie leidenschaftlich werden müsse. Er selbst werde die Frage so sachlich behandeln wie möglich, nämlich als eine Verfassungsfrage, um die es sich allein handle, während der gedruckte Bericht die Grundlage, auf der der confessionelle Frieden des Landes beruhe, in Frage stelle und beleidigende Aeußerungen gegen eine der anerkannten Kirchen in seinen Text aufgenommen habe. — Dem Antrag des Grafen Bethusy-Huc widersprechen mehr als 30 Stimmen, er ist also abgelehnt. Dasselbe Schicksal hat ein Antrag v. Mallinckrodt's, die Klosterpetition als ersten Gegenstand auf die L.-D. zu setzen. Sie bleibt also als fünfter Gegenstand auf derselben, so wie der Präsident es vorgeschlagen hat.)

△\* Berlin, 8. Febr. Die gestrigen Beschlüsse des Herrenhauses waren heute im Abgeordnetenhaus der allgemeine Gegenstand lebhafter Erörterungen. Das Ministerium hatte heute Vormittag über sein innewahrendes Verfahren Beschlüsse noch nicht gefaßt, man nahm jedoch als wahrscheinlich an, daß die Regierung die Verathung der Kreisordnung, über welche schon mit dem Herrenhause keine Vereinbarung zu erwarten ist, fallen lassen und vielleicht den Landtag erst am 20. Februar schließen wird, um wenigstens die Hypothekenordnung zu Stande zu bringen. Ob dies letztere gelingen wird, zumal da Graf Lippe sich mit besonderem Eifer des Werkes seines Nachfolgers anzunehmen die Absicht haben soll, steht dahin. Es ist überhaupt nicht abzusehen, wie es möglich sein wird, liberale und dem Bedürfnis unserer Tage entsprechende Gesetze ins Leben treten zu lassen, wenn das Herrenhaus in seiner jetzigen Zusammensetzung bleibt. Daß aber Graf Bismarck erstlich eine andere Zusammensetzung dieses Hauses herbeiführen wird, muß man vorläufig noch bezweifeln. — Aus den heutigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses erwähne ich die für die Leser in der Provinz interessirende Mittheilung des Hrn. Handelsministers, daß die Eisenbahnbauten in Preußen und auch der Bau der Brücke bei Thorn mit möglichster Beschleunigung gefördert werden sollen. Der Herr Handelsminister gab diese Zusicherung in Folge einer ausdrücklichen von den Herren v. Hennig und v. Hoyerbeck an ihn erlangten Auforderung. Beide Abgeordnete beklagten den langsamen Gang der Eisenbahnarbeiten in unserer Provinz. Der Hr. Handelsminister fügte hinzu, daß die Regierung die Absicht habe, einzelne Strecken der Eisenbahnen Schneidemühl-Dirschau und Thorn-Insterburg z. B. die Strecke Pr. Stargard-Dirschau, Flatow-Schneidemühl, Insterburg-Gerdauen schon in dem nächsten Jahre zu eröffnen, wenn es nicht mit über Erwarten großen Kosten verknüpft sei. — Zu bedauern war übrigens, daß das Haus bei diesen, wie auch bei früheren derartigen Verhandlungen trotz der wiederholten dringenden Mahnungen des Präsidenten v. Forderbeck eine dauernde Unruhe zeigte. Es wäre zu wünschen, daß diejenigen Abgeordneten, welche solchen Fragen ihr Interesse zuzuwenden nicht im Stande sind, ihre längeren Unterhaltungen außerhalb des Sitzungssaales führten. Daß man einzelne, durch ihre Langweiligkeit besonders ausgezeichnete Redner durch Unruhe zum Schluß bringt, mag ein zulässiges und wirksames Mittel sein; aber dieses Mittel während längerer Discussionen bei allen Rednern anzuwenden, scheint uns nicht angebracht zu sein. Auf den Tribünen ist es bei solcher Unruhe des Hauses sehr schwer und oft unmöglich den Verhandlungen zu folgen.

✱ Nach den Vorfällen im Herrenhause erwartet man der „Zukunft“ zufolge, im Abgeordnetenhaus, daß Graf Eulenburg die Vorlage über die Aufhebung der Schlacht- und Maßsteuer zurückzieht, den Landtag noch etwa acht Tage länger beisammen lassen wird und daß die Frage einer außerordentlichen Sommersession vorläufig ganz in der Schwebe bleibt. „Das Votum des Herrenhauses gegen die Vertagung hat nur dann einen tieferen Sinn, sagt das „BKB“, wenn man es als eine Action gegen die freiere Bewegung in unserm Staatsleben auffaßt, die seit dem Jahre 1866 langsam, aber stetig immer weitere Kreise zieht; die reactionären Herren fühlen den Boden unter ihren Füßen wanken und glauben durch noch festeres Schließen der Augen den Sturm beschwören zu können. Wie sich einerseits eine liberale Fraction unter den „Herren“ zu bilden beginnt, so sucht andererseits die Reaction, die durch die Ereignisse von 1866 ihren innern Halt verlor, sich um so fester zu consolidiren. Allzu große Dimensionen wird dieser Versuch nicht annehmen. Wenn Sie diesen Weg gehen, dann laufen unsere Bahnen so weit auseinander, daß wir uns vielleicht nie wiederfinden!“ Dies geflügelte Wort des Grafen Bismarck wird die feudale Opposition des Herrenhauses, welche mehr als andere Menschenkinder an des Desseins süßer Gewohnheit hängt, früh genug zur Umkehr veranlassen.“ Nach den früheren Vorgängen im Herrenhause läßt sich dies erwarten; die jetzige Opposition scheint aber doch eine größere Tragweite zu haben, sonst würde Graf Bismarck sich nicht so scharf gegen seine alten Freunde ausgesprochen haben. Die liberalen Elemente des Herrenhauses suchen diesen drohenden Sturm durch die Bildung einer neuen Fraction zu beschwören. Sie hat den Herzog von Ratibor, den Herzog von Ujest, Grafen Münster, Grafen v. Rittberg und Herrn v. Bernuth in den Vorstand gewählt. Schriftführer ist Dr. Dernburg und Stellvertreter Herr Willens. Der Fraction sind außerdem bis jetzt beizutreten: Graf v. Berlepsch, Berndt, Graf Czapski, Denhard, v. Flemming, von Gohler, Hasselbach, Hausmann, Graf v. Königsmark, Plawe, Präsident Meyer, Graf v. Neffelode, Offenberg, Graf Potulicki, v. Rabe, Graf Schimmelmann, Fürst v. Salm-Reifferscheid, Graf Schwerin, Professor Zellkamp und Theune.

— Das Glend der abgebrannten Familien in Havelberg soll bei der herrschenden Kälte entseglig sein. An der Börse lag heute eine Aufforderung zu Beiträgen für die Abgebrannten aus, welche 4000  $\mathcal{R}$ . ergab.

— Für die Aufstellung des Humboldt-Denkmales ist von dem Comité der Borgarten vor dem Universitätsgebäude, vis-à-vis dem Opernplatze, in Aussicht genommen.

— Die „Deutsche Volkszeitung“ in Hannover meldet, daß das Project der Colonisation der hann. Flüchtlinge in Algerien ausgegeben ist. Nach den letzten Nachrichten aus Frankreich bekamen die Legionäre, welche nicht nach Algerien gehen wollten, keinen Sold mehr.

— Ueber die Hrn. Tripp Schuld gegebene Unterlassung der Ueberfendung falscher Münzen an den Oberstaatsanwalt wird jetzt in der „Br. Ztg.“ berichtet, daß diese Sünde von einem seiner Secretaire begangen wurde, welche derselbe aber nachher inne wurde, und die Münzen nachsandte. Der Staatsanwalt wurde umsonst zu einer Untersuchung veranlaßt, als sich ergab, daß die Münzen gar nicht falsch waren. — Herr v. Rühlwetter soll diesem großen Vergehen erst in den letzten Wochen haben nachforschen lassen.

— Daß der Abg. Wagener-Kenstlin die für zwei Monate Abwesenheit eingestrichen 180 Thlr. Diäten an die Heidenmiffors-Gesellschaft gezahlt habe, ist, wie der Br. Ztg. geschrieben wird, zum schmerzlichen Bedauern des Dr. Wangemann eine Erfindung. Der Geh. Rath Wagener hat noch niemals einen Groschen an die Heidenmiffors-Gesellschaft gewendet. Er ist bekanntlich nicht Lutheraner, sondern Erangel bei den Tringianern (Apostolische Gemeinde) und diese Sekte verwendet zwar viel Mittel auf die Propaganda, aber nur um evangelische oder katholische Seelen ihrer Sekte zuzuführen. In den letzten Monaten sollen allein in Berlin mehrere hundert Menschen durch „die Besiegelung“ in die Gemeinde aufgenommen sein, namentlich Dienstmädchen aus den Provinzen, denn die „Berliner Kinder“ sind schwer einzufangen.

— [Die Glogauer augenkranken Soldaten.] Im Abgeordnetenhaus soll die Frage, ob kranke Soldaten, wie in Glogau und Umgegend in bürgerliche Quartiere zu legen sind, zum Gegenstande einer Interpellation gemacht werden.

— Die Schrift von H. B. Oppenheim über Armenpflege und Heimathrecht (Berlin bei J. Heymann) findet allseitigen Beifall. Oppenheim behandelt diese wichtige Angelegenheit ruhiger und deshalb besser, als es auf dem volkswirtschaftlichen Congresse in Mainz bei dem dort entbrannten Parteikampfe möglich war und trifft für das Heimathrecht den richtigen Gesichtspunkt, indem er nachweist, daß mit diesem Recht auch der Anspruch auf Unterstützung im Nothfall verbunden sein muß. Es ist bemerkenswerth, daß Oppenheim in dieser Schrift mehrfach Abstractionen der Manchester'schule entgentrennt. Diese hat eine solche Polemik längst herausgefordert und es ist sehr nützlich, daß ihr ein philosophisch geschulter Schriftsteller wie Oppenheim die Mängel ihres abstracten Denkens vorrückt, da sie sich in diesem maßlos zu ergehen anfangen.

— Mit der Schrift: „Die Schattenseite des norddeutschen Bundes vom preukischen Standpunkte betrachtet“ von Constantin Franz (Berlin bei Stille und Nuyen) ist dem Grafen Bismarck ein neuer Gegner entstanden, auf den er schwerlich gerechnet hat, da C. Franz früher als offiziöser Publicist zu wirken strebte. In dieser Schrift stellt er sich jedoch dem Grafen zur Lippe und Herrn v. Gerlach zur Seite, indem er nachzuweisen trachtet, daß durch Bismarck's deutsche Politik der preukische Staat zu Grunde gerichtet werde. Die Oeffizien sind diese Schrift damit abzufertigen, indem sie sagen, C. Franz sei ein confuser Kopf. Das ist er durchaus nicht, er ist vielmehr scharfsinnig, wenn er auch eine verkehrte Richtung verfolgt, und man kann aus seinen Darstellungen immer etwas lernen, wenn man auch entgegengelegte Resultate daraus zieht. Wir werden deshalb dieser Schrift noch eine ausführliche Betrachtung widmen.

— Zur Anlegung der den nachbenannten Personen vom Sultan verliehenen Insignien, und zwar des Damanie-Ordens dritter Classe ist dem Capitän zur See Köhler; des Nebischibie-Ordens dritter Classe dem Capitän-Lieutenant Rabeburg, Haffensflug und Ewald, so wie dem Lieutenant zur See v. Rzewitz; ferner zur Anlegung des von dem Schah von Persien verliehenen Kreuzes zum Sonnen- und Löwen-Orden dem Seeadmiral Bruner vom Könige die Genehmigung erteilt worden.

Stettin, 8. Febr. (In Bann gelegt.) Der hiesige allgemeine deutsche Arbeiterverein scheint jetzt die Presse vollständig in den Bann gethan zu haben. Im Devantier'schen Lokale findet morgen Abend eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher „Gäste“ zwar Zutritt haben, die Vertreter der Presse aber ausdrücklich ausgeschlossen sind. Hr. Armborst wird einen Vortrag über die Hungersnoth in Ostpreußen im Winter 1867-68 halten. (N. St. Ztg.)

Meiningen, 8. Febr. Die durch die Mitteldeutsche Creditbank abgeschlossene Meiningener Staats-Anleihe im Nominalbetrage von 3,500,000  $\mathcal{M}$ . eintheilt in 500,000 Loose à 7  $\mathcal{R}$ . oder 4 Thlr., ist vom Landtag definitiv genehmigt worden. Sie ist aufgenommen zur Deckung der Kosten des auf Meiningen Gebiet gelegenen Theiles der Linie Schweinfurt-Meiningen. Die bayrische Regierung hat diese Strecke auf 25 Jahre gepachtet und die Meiningener Regierung hat sich verpflichtet, sowohl dies Pachtgelde wie auch die späteren Erträge der Bahnstrecke zur Amortisation der Loose mit zu verwenden. (W. Z.)

England. London, 5 Febr. Unter den Arbeiterwählern des hauptstädtlichen Bezirks Southwark circulirt folgende Proclamation: „Arbeiter von Southwark! Gehet nur dem Candidaten Cure Stimme, der sein Ehrenwort darauf verpfändet, eine Untersuchung über die schädliche Weise herbeizuführen, in welcher die Arbeit des Büchlings mit „freier Arbeit“ in Concurrenz gebracht wird. Alle Arten Arbeiten werden nun in Buchhäusern mit Hilfe von Maschinen verfertigt; die so fabricirten Waaren werden zu Schandpreisen verkauft und der ehrliche Arbeiter wird ruiniert, damit Gefangene beschäftigt werden können.“ — In Irland wurde bisher viel gestritten, ob die durch den Papst zuletzt ausgesprochene Verdammung geheimer Gesellschaften auch die Brüderchaft der Fenier in sich schließe. Ein von dem Notar der heiligen römischen Inquisition, D. Angelo Argenti, gezeichnetes Decret vom 12. Januar macht diesem Zweifel ein Ende, denn es befiehlt ausdrücklich, daß laut Beschluß des heiligen Vaters, „die amerikanische oder irische Gesellschaft, welche die fenische genannt wird, eingetragene ist unter den Gesellschaften, welche fast der Befugungen des obersten Kirchenfürsten, zumal Kraft der von Sr. Heiligkeit am 29. October 1869 veröffentlichten, verboten und verdammt worden sind.“ — Wie verlautet, hat Dr. Austin, der Vertreter einer der ersten Amerikanischen Schiffbauereien, die Staatswerft von Deptford um 140,000  $\mathcal{L}$ . angekauft.

Frankreich. \* Paris, 6. Febr. Der gegen Rochefort gefaßte Beschluß des Ministeriums erscheint als ein noch größerer politischer Fehler als die Einleitung der gerichtlichen Verfolgung, denn nun kann sich derselbe in der That mit der Märtyrerkrone schmücken, die er schon bisher so gern für sich in Anspruch nahm. Juristisch gerechtfertigt ist der Beschluß allerdings; aber es wäre wohl billig gewesen, daß die Regierung, unmittelbar vor der Einbringung des neuen Gesetzes, die nach dem alten erkannte Strafe nicht zur Ausführung gebracht hätte. Auch hatte die vor 14 Tagen verbreitete Nachricht, daß Rochefort amnestirt werden sollte, einen entschieden günstigen Eindruck gemacht. Im „Temps“ sucht auch nachzuweisen, daß für die Verhaftung eines Abgeordneten eine besondere Genehmigung der Kammer ebenso erforderlich sei, wie für die Einleitung einer gerichtlichen Verfolgung. Das Gesetz sagt über diesen Punkt nichts und Audoy macht geltend, daß die Verbüßung einer Strafe keineswegs die logische Folge eines eingeleiteten Processes sei, während andererseits die Regierungsorgane den Satz verfechten, daß Schweigen des Gesetzes liefern eben den Beweis,

daß für einen verurtheilten Abgeordneten die parlamentarische Unverletzlichkeit nicht mehr bestehe. — Gegen die „Marcellin“ ist ein weiterer Proceß eingeleitet worden. Der Gerant ist für den 8. vor den Untersuchungsrichter citirt. Gegen Gustav Flourens sind ebenfalls Verfolgungen eingeleitet worden, und zwar wegen seiner Rede, die er bei Gelegenheit der Conferenz über Schate-pare hielt. Er hatte dort bekanntlich gesagt, daß „im Museum der Souveraine der Dolch Ravaillass und eine gewisse Kugel fehle, die man aber bald dort anstellen werde.“ Nach der „Marcellin“ wollte Flourens nur von der Kugel sprechen, welche Victor Noir getödtet. Man habe — meint sie — darin eine Anspielung auf eine andere Kugel sehen wollen, die aber noch nicht gegossen sei. Gustav Flourens weigerte sich übrigens, irgend eine Erklärung abzugeben. — Das Kaiserthum hat wieder eine Stütze verloren. Jodo, der Affe der Kaiserin, ist, man weiß nicht ob an Heimweh oder an geheimer Vergiftung, gestorben. — Der Scandal in der Porte Saint Martin scheint zu neuen Zwischenfällen Anlaß geben zu sollen. Eine gewisse Anzahl Arbeiter, welche der Aufführung der Lucrezia Borgia anwohnten, haben nämlich eine Versammlung abgehalten, um die zu bezeichnen, welche Paul de Cassagnac fordern sollen. — Nach einem Decret im officiellen Journal übernimmt der Staat die Kosten des Begräbnisses des Marbais Regnaud de St. Jean d'Angely im Betrage von 10,000  $\mathcal{F}$ . Der Tod dieses „theuren“ Herrn ist also für das Volk nicht umsonst.

— Ueber die Unruhen in Folge der Verhaftung Rocheforts liegen folgende ausführlichere telegraphische Nachrichten vor: 8. Febr. Morgens: Gestern Abend um 8 Uhr hat die Verhaftung Rochefort's in der Rue des Flandres stattgefunden, und zwar in dem Augenblick, als Rochefort ein dortiges Versammlungslokal betreten wollte. Die „Gacette des Tribunaux“, welche diesen Vorfall meldet, bringt darüber noch folgende Einzelheiten: Rochefort leistete bei der Verhaftung keinerlei Widerstand und forderte vielmehr die zahlreichen Personen auf, welche am Eingang des Saales standen, sich ruhig zu verhalten, da er alsbald in der Versammlung erscheinen werde. Die Polizeibeamten führten Rochefort im Wagen nach dem Gefängniß St. Pelagie. Gustav Flourens, welcher bei der Verhaftung zugegen war, forderte die Umstehenden auf, Rochefort zu befreien, ohne jedoch die Menge zu ernsterem Vorgehen fortführen zu können. Die im Innern des Saales tagende Versammlung wurde gleichzeitig aufgelöst; es kam dabei zu einigen Demonstrationen; der Polizeibeamte, welcher die Versammlung auflöste, wurde von der Menge insultirt, doch hinderte die zahlreich erscheinende Polizei jede ernstere Ausschreitung. Im Laufe des Abends kam es in der Rue Aboukir, im Faubourg du Temple, namentlich aber in Belleville zu Volksansammlungen und lebhaften Demonstrationen; doch genigte fast überall die Polizei, um die Ruhestörer zu zerstreuen. Nach Belleville wurden um Mitternacht einige Detachements von Gardes de Paris und Truppen abgelandt. Auf der Straße von Paris nach Belleville war eine Barrikade gebaut; 15 Individuen, welche dieselbe vertheidigten, wurden verhaftet; auch an einigen anderen Punkten wurden Versuche zum Barrikadenbau gemacht, doch durch das Einschreiten der Polizei alsbald vereitelt. Gegen Mitternacht plünderte ein Haufen von Ruhestörern die Fabrik Lescaudoux in der Rue Casapette und nahm aus derselben 300 Revolver und 40 Gewehre an sich. Gegenwärtig zeigt die Stadt keinerlei Aufregung.

— 8. Febr., Abends. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers fragte Keratry, weshalb man Rochefort nicht beim Verlassen der Sitzung verhaftet habe, sondern an einem Orte, an welchem eine Sitzung der Ordnung herbeigeführt werden konnte. Die Minister Olivier und Chevandier erwiderten, die Regierung habe diese Umgehung respectiren wollen, habe nicht die Schwelle des gesetzgebenden Körpers zum Theater eines Faustkampfes machen wollen. Alles sei beim Fortgehen Rochefort's vorbereitet gewesen. Fünfzig Fremde hätten Rochefort auf dem Hofe erwartet, 200 sich in der Nähe befunden. Man habe Rochefort nicht überall hin folgen können, man habe ihn in seinen 3 Wohnungen vergebens gesucht. Während dessen beschloß die Versammlung in der Rue de Flandre den Aufruf und erwartete nur Rochefort, um das Signal dazu zu geben. Die Regierung habe nicht seine Ankunft abwarten wollen und habe ihn daher zuvor verhaften lassen. Die drei errichteten Barrikaden seien ohne Blutvergießen entfernt worden, nur ein Friedensoffizier sei verwundet worden. Polizei und bewaffnete Macht hätten ein Beispiel großer Mäßigung gegeben, und verbotenen das größte Lob. Es sei ein Waffenmagazin geplündert worden und man habe für den Abend ähnliche Ausbrüche angekündigt. Die Regierung habe indes keine Furcht, die Pariser Bevölkerung sei mit ihr. Sie sei aufgefordert, sich nicht mit dieser Horde zu mischen, die man isoliren müsse, um sie zu besiegen. Wolle die Regierung brutal verfahren, so würde die ganze Bewegung nicht 5 Minuten dauern. Ungeachtet der Reclamation Keratry's beschloß hierauf die Kammer den Zwischenfall durch die Erklärung der Minister als erledigt zu betrachten und in die Tagesordnung einzutreten.

Spanien. Während in Rom neue Bannflüche gegen die Vermessenen geschleudert werden, die nicht einsehen wollen, daß der Staat in der Kirche die Grundbedingungen seines Bestandes suchen müsse, muß es die Jesuiten doch recht bitter kränken, daß ihr einst so gehorsames Spanien den Einfluß der Geistlichkeit auf die weltliche Regierung so gründlich abgethan hat. Noch mehr aber wird es sie schmerzen, daß von den Cortes aus Worte in das Land hinein geschleudert werden, welche die früher von ihnen gepflegten Ansichten auf das Schonungsloseste bekämpfen. Solche Worte sind bei der Verathung über das Kirchenbudget gesprochen worden, und weil es eben Castelar war, aus dessen Munde sie flossen, verbreitete sie sich durch alle Volksschichten. Um die schädlichen Folgen des Uebergewichts der Kirche über den Staat zu schildern, führte er als Beispiel Rom selbst an: „Seht hin auf Rom, den Mittelpunkt der Welt, das Haupt des Menschengeschlechts, das Rom der alten Götter und der neuen Päpste; sehet, da giebt's keine Polizei in ten Straßen, da giebt's kaum Schulen, nur eine auf 35,000 Seelen. Die Finanzwirtschaft ist ein Chaos, die Gesetzgebung ein Babel; keine Institution mit den politischen und socialen Bedingungen der modernen Völker; keine selbstständige Presse, keine Rednerbühne, keine Volksversammlung, kein Schwurgericht; da findet Ihr nur eine Stadt, die Buße thut und unter der pneumatischen Pumpe einer Regierung ersticht, die keinen frischen Luftzug der Freiheit eindringen läßt. Das ist die Folge des Uebergewichts der theologischen über die politische Gewalt.“







**Concurs-Eröffnung.**

Königliches Stadt- und Kreis-Gericht zu Danzig, Erste Abtheilung, den 13. Januar 1870. Vormittags 12 Uhr.

Ueber das Vermögen der Kaufleute **Nudolph Peter Moeller** und **Gustav Ferd. Schmidt**, in Firma Moeller u. Schmidt hier ist der lautmännliche Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 8. Januar cr. festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechtsanwalt **Koepell** bestellt. Die Gläubiger der Gemeinschuldner werden aufgefordert, in dem auf

**den 25. Januar cr.,**

Mittags 12 Uhr, in dem Verhandlungszimmer No. 13 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Stadt- und Kreis-Gerichtsrath **Assmann** anderaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters, sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu beiziehen seien.

Allen, welche von den Gemeinschuldnern etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihnen etwas verschulden, wird aufgefordert, nichts an dieselben zu verabfolgen oder zu zahlen; vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 14. Februar cr. einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte ebendahin zur Concursmasse abzuliefern. Pfandinhaber oder andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger der Gemeinschuldner haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen. (2522)

**Rothwendige Substitution.**

Das dem **Joseph Gregor v. Weustereki** gehörige, in Berent belegene, im Hypothekenbuche von Berent sub No. 37 verzeichnete Grundstück, soll

**am 5. April 1870,**

Vormittags 10 Uhr, in Berent an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangs-Vollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

**am 9. April 1870**

Vormittags 10 Uhr, in Berent an der Gerichtsstelle verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 52,43 Morgen, der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt werden soll, 25,98 Thlr., Nutzungswerth, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 80 Thlr.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserem Geschäftslocale, Bureau 3, eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden. Berent, den 25. Januar 1870.

Königl. Kreis-Gerichts-Deputation.

Der Substitutionsrichter. (3499)



Große echte Teichkarpfen erhielt so eben und empfiehlt **C. Schramm, Wwe.,** Karpfensteigen No. 21.

**Salon-Stuckflügeln**

Von den so beliebtesten 5 l. starke Bauart in Birken 185 R., Mahagoni 220 R., Polysander 240 R., von ausgezeichnetem kräftigem Ton, leichter Spielart, sowie

**Pianino's**

zu 150, 180, 200-350 R. aus den renommiertesten Fabriken, hält die größte Auswahl und stellt die günstigsten Kauf- und Verkaufsbedingungen das

**Pianoforte-Magazin**

von **Edw. Schloemp in Elbing.** Harmoniums für Schulen und Kirchen von 20-200 R. (5292)

**Geschlechtskrankheiten.**

Erste und einzige radicale, reelle und wohlfeile Hilfe für

In **F. Arnold's Verlagsanstalt** in Leipzig erschienen und ist durch alle Buchhandlungen zu bekommen:

**„Dr. Wunder's** Belehrungen für Geschlechtskranke zur sicheren Heilung aller durch Onanie, Ausschweifungen und Anstehungen verursachten Störungen des Nerven- und Zeugungssystems.“ Preis 2 1/2 Sgr. Gegenwärtiges Buch ist das erste und einzige, welches gründlich belehrt und ein wahrhaft hilfreiches, ehrliches und wohlfeiles Heilverfahren eingeführt hat, dem auch schon unzählige geschlechtlich Geschwächte ihre vollständige Genesung verdanken.

Leçons de français et d'anglais, d'italien et d'espagnol, d'après une méthode fort pratique sont données par **le Dr. Rudloff,** Heiligegeistgasse 55

**Deutsche Lebens-, Pensions- u. Renten-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit zu Potsdam.**

Dieselbe schließt Versicherungen auf Lebens- und Todesfall zu billigen Prämien ab. Prospekte, Antragsformulare, sowie jede gewünschte Auskunft erteilt

**Hermann Schmidt,** General-Agent, Hundesasse 29

Agenten werden verlangt.

**Bukarester**

**Prämien-Obligationen**

à Fres. 20 = 5 1/3 Thaler.

Sämmtliche Obligationen werden mittelst 100 Ziehungen zurückbezahlt und erhält jede Obligation einen Gewinn.

Während der nächsten 5 Jahre werden jährlich am: **2. Januar, 1. März, 1. Mai, 1. Juli, 1. September und 1. Novbr.**

die nachfolgenden Gewinne gezogen:

2 Gewinne à Fres. 100,000	Fres. 200,000
2 " " 75,000	" 150,000
2 " " 50,000	" 100,000
2 " " 25,000	" 50,000
2 " " 15,000	" 30,000
2 " " 10,000	" 20,000
2 " " 5,000	" 10,000
6 " " 2,000	" 36,000
30 " " 1,000	" 30,000
60 " " 500	" 30,000
120 " " 100	" 12,000
600 " " 50	" 30,000
18354 " " 20	" 367,080

19200 Gewinne Fres. 1,085,080

In den folgenden Jahren kommen durch jährlich 4 Ziehungen jedes Jahr **37,400 Obligationen mit 1 Million 84,880 Fres.** zur Rückzahlung.

Kein anderes Anlehen wird in so kurzer Zeit mit einer so großen Anzahl Gewinne zurückbezahlt und dadurch, daß jede Obligation mindestens wieder mit 20 Frances gezogen wird, sind dieselben zu kleineren Capital-Anlagen sehr geeignet.

Die Ziehung findet in offizieller Weise in **Gotha** statt.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt in allen größeren Städten Deutschlands und Obligationen sind zu haben bei

**sämmtlichen Wechseln des In- u. Auslandes.**

**Bukarester**

**Prämien-Obligationen,**

à Fres. 20. = 5 1/3 Thlr.

sind zu haben bei

Prospekte und jede nähere Auskunft gratis und franco.

**Anton Horix,**

Bankgeschäft

Jerusalemstrasse No. 39 (am Dönhofsplatz), **Berlin.** (2769)

**Epileptische Krämpfe (Fallsucht)**

heilt brieflich der Specialarzt für Epilepsie **Doctor O. Killisch** in Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über Hundert geheilt. (2381)

**Lungenleiden. Schwächezustände.**

Radikale Heilung dieser Krankheiten nach Prof. D. Sampson's Methode mittelst der schon von **A. v. Humboldt** in f. Kosmos empfohlenen **Coca**, deren wunderbare Heilkräfte stets alle Süd-Amerika-Reisenden begeisterten. Dr. Sampson erhielt nach gründlichsten Studien mit f. **Coca-Pillen I** die glänzendsten Resultate bei **Brustleiden** selbst in vorgeschr. Stadien, (mit f. **Coca-Pillen II** bei den hartnäckigen Unterleibsstörungen) und mit seinen **Coca-Pillen III** die aufallendsten Kräftigungen bei geschwächtem Geschlechtssystem. Näheres siehe Broschüre gratis b. d. Mohren-Apothete in Mainz franco!

**Emser Pastillen,**

aus den Salzen der König-Wilhelms-Heilquellen bereitet, ärztlich empfohlen gegen Magenbeschwerden, als Catarrhe, Verschleimung, Säurebildung, Aufstosken und Verdauungsschwäche. Preis der plombirten Schachtel 30 Kr. = 8 1/2 Sgr.

Auf Lager in Danzig bei Apotheker **C. Schlausener**; in Berent bei Apotheker **W. Borchardt**; in Elbing bei Hofapotheker **Carl Hehsfeldt**; in Marienburg bei Apotheker **J. Keitfrow**; in Liegnitz bei Apotheker **A. Knigge**; in Br. Stargard bei Apotheker **S. Sievert.** (9066)

**Homöopathische**

Hausapotheken in allen Größen, sowie einzelne Mittel, auch Bücher zum Selbstunterricht, sind in großer Auswahl stets vorräthig in der **Elephanten-Apothete,** Breitgasse 15.

P. S. Auswärtige Bestellungen werden promptly beiorat. (3527)

**La Emma,**

eine volle kräftige Carmen-Brasil-Cigarre, empfehle im Stückverkauf zum Engros-Preise 10 St. 4 1/2 Sgr., pr. Kiste 1 1/2 Rb. (3531)

**Carl Heidemann,** Langgasse 36.

Ein großer japanischer Schrank, acht, v. d. Schiff **Er. Maj. „Veneta“** gekauft, kunstvoll dargefertigt, ist jetzt für 25 Rb., früher 40 Rb. 1 kleinerer kunstvoll gearbeiteter Schrank, gleichfalls acht japanisch, ist jetzt für 10 Rb., früher 16 Rb. (zu Cigarren, Gold- u. Sachen aufzubewahren), 1 selten kunstvoll schön gearbeitetes acht japanisches Schachspiel. Jeder Fuß der Figur hat eine Kugel, in der wiederum immer eine kleinere Kugel und dann wiederum eine kleinere Kugel sich befindet, ist mit selten schönen Meißelarbeiten incl. Schachbrett für 10 Rb., früher 30 Rb., ferner ein Tabats, Handschuh- oder Cigarrentaschen für nur 3 Rb., früher 5 Rb., zu verkaufen Langgasse 83. (3525)

**Franz Feichtmayer.**

**Ein Hotel,**

bestens eingerichtet, schöne massive, geräumige Gebäude, Stallungen, Cisternen, Wasch- u. Badehaus, großer Hofraum, reizend am See gelegenen Obst-, Gemüse- und Bier-Gärten, ist in einer Kreisstadt Westpreußens Ertheilungshalber billig zu verkaufen. Offerten sub **D. 8227** beordert die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse** in Berlin. (3486)

**Mein Mühlengrundstück,**

bestehend aus einer neu eingerichteten Sodawindmühle, ganz neu und massiv unter Steindach erbautem Wohnhause, Schenke und Stall, sowie 2 Morg. Land bin ich Willens krankheits halber unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Außerdem sind noch 30 Morg. Land auf folgende 10 Jahre in Pacht. Poln. Grünhof bei Mewe.

**R. Cappel.**

Meine 1 Meile v. d. Ostbahn-St. Warlubien bel. Besitzungen:

1) Das **Mühlengut Villa** mit guten Wohn- u. Wirtschaftsgew., mass. neu, Wassermühl-Mühle m. 4 Gängen, Schneidem. u. ca. 340 M Acker u. Wiesen.

2) das darangrenz. **Ritterg. Gutta** mit ca. 500 M. Land u. 65 M sehr schöner Flußwiesen, mass. Wohn-, gut. Wirtschaftsgew., vollst. leb. u. tod. Inventar.

beabsichtige ich krankheits halber z. sol. Preis mit entspr. Anzahlung getrennt od. zusammen z. verk. Selbstkäufer, u. nur solche, erfahren d. Nähere beim Hrn. Mühlenbes. **Mehrlein** in Graudenz u. b. mir.

**Villa Mühle b. Warlubien, Febr. 1870.** (3485)

**Wittve A. Müller.**

**Vortheilhafter Kauf.**

Eine Besitzung, 9 M. v. h., ca. 62 Huf. p. ercl. See. Mühle u. Schneidemühle herrschaftl. u. Wirtschaftsgew., Preis 13,800 Rb. Ang. 2. bis 2500 Rb., Rest auf Jahre fest. — Eine Besitz., 4 M. v. h. 10 1/2 Huf. p., Gebäude 4 M. versichert, Preis 7 M., Ang. 1500 Rb., Rest auf Jahre fest. Selbstkäufer Näheres bei (3524)

**C. Bach, Hundegasse 6.**

In meiner Fohst **Broebbernau** findet der Verkauf von **Breim- und Nutholzern** auch außer den Auctionstagen täglich statt. (3259)

**Magnus Eisenstadt.**

**Offene Lehrungsstelle.**

Für ein lebhaftes Manufactur- und Modewaren-Geschäft in einer Haupt- und Residenzstadt Thüringens wird zu Ostern ein junger Mann als Lehrling gesucht. Theoretische wie praktische Ausbildung für den Handelsstand erfolgt gleichzeitig, erstere durch den regelmäßigen Besuch der dasigen, als vorzüglich bekannten Handelsschule. Adressen unter **Nummer 2. H. 160** beordert die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in Leipzig.

Ein junger verheirateter Mann, der durch mehrjährige Beschäftigung beim Gericht sich umfassende Kenntniß vom Prozeßverfahren angeeignet hat, und im Stande ist, Caution zu stellen, sucht eine Stelle als Rechnungsführer auf einem Gute. Gefällige Offerten werden poste restante **Rosenberg** Westpr. unter Chiffre **A. B. No. 333** erbeten.

Eine anständige Wirthin mit den besten Zeugnissen, die eine große Wirthschaft mehrere Jahre selbstständig geföhrt hat, die keine Küche, sowie das Baden, die Federviehucht und die Milcherei gründlich versteht, empfiehlt

**J. Dan, Körnenberggasse 5.**

Eine gut empfohlene Gouvernante, die bereits Kindern der Elementar-Unterricht erteilt und in seinen Handarbeiten recht geübt ist, sucht zum 1. Mai d. J. ein anderes Engagement. Nähere Auskunft erteilt gütigst Herr **Brediger** Böck in Danzig und Herr **Udelsberger** Hagen auf Rahnau bei Br. Holland.

Ein erfahrener Deconom (militairfrei), der auch fähig ist, selbstständig zu wirthschaften, dem gute Zeugnisse und Empfehlungen seiner früheren Principale zur Seite stehen, sucht zum 1. April d. J. ein anderweitiges Engagement. Adressen werden erbeten unter No. 777 Gr. **Trampfen** poste restante. (3513)

Ein mit guter Handschrift und genügenden Schulkenntnissen versehenen junger Mann, der sich dem Versicherungsweesen widmen will, findet auf dem Bureau der **General Agentur** verschiedener Versicherungs-Gesellschaften zum 1. März cr. Stellung als Lehrling bei einer monatlichen Remuneration von 3 Thlr.

Adressen nimmt die Expedition dieser Zeitung unter No. 3461 entgegen. In **N. Watlow** in bei Marienwerder wird zum März ein

**Gartenhilfe**

gesucht, der das Veredeln in Baumschulen fertig versteht. (3414)

**Suppen-Marken**

für die Suppen-Anstalt im Franziskanerkloster sind zu haben: im **Dutend** a 12 Sgr. bei Herrn **Adolph Gerlach**, Roggenpuhl No. 10, im **Einzel-Verkauf** a 1 Sgr. pr. Stück in der Suppenanstalt f. lsb.

Der Vorstand des **Armen-Unterstützungs-Vereins.**

**Danziger Stadttheater.**

Freitag, den 11. Febr. (Abonn.-Vorstellung). **Preisfa.** Romantisches Schauspiel mit Gesang in 4 Acten von **Wolf. Müllr v. C. v. Weber.** (Eingesandt.)

Der **„bescheidene Antrag“** in der gestrigen Abendnummer, der dem Verfasser des „Eingesandt“ in der Dienstags-Morgennummer (die Wasserländer betr.) es zum Vorwurfe machte, daß derselbe mit „Civis“ unterzeichnete, hat wohl nur aus **prur Versehen** seine Anfrage ganz ohne Unterchristig gelassen, um nicht in den Verdacht zu kommen, wiederum für sich **Reclame** machen zu wollen? **Civis.**

Frau **M. S.** Alles zum Empfangen wieder vorbereitet, erwarte Sie jetzt bestimmt. Brief folgt. Soll ich selbst kommen? In inniger Liebe Ihr (3535)

**B...o.**

Druck u. Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig